



Nürburgring



Beck

RHEINLAND-PFALZ

## Millionen verschwendet?

Beim Bau des umstrittenen Freizeit- und Erlebniszentrums am Nürburgring sind nach Einschätzung von Experten weit über 30 Millionen Euro öffentlicher Mittel allein durch Fehlplanungen und unrealistische Zeitvorgaben verschwendet worden. Nach Angaben des mit der Generalplanung und Bauüberwachung beauftragten Architekturbüros Tilke hat die Nürburgring GmbH massiv auf einen Fertigstellungstermin im Juli 2009 gedrängt: Im Rahmen eines Formel-1-Rennens sollte Ministerpräsident Kurt Beck die Anlage vor großer Medienöffentlichkeit eröffnen; die GmbH gehört überwiegend dem Land Rheinland-Pfalz. In dem Zeitplan seien keine Puffer für Bauunterbrechungen durch Frost oder bereits geplante Großveranstaltungen vorgesehen gewesen, sagt Tilke-Geschäftsführer Peter Wahl. Allein für Winterbaumaßnahmen, Nacht- und Wochenendarbeit, „Beschleunigungsprämien“ und Ähnliches seien sechs Millionen Euro angefallen. Zusätzliche elf Millionen Euro hätten verspätete Änderungswünsche der Landesgesell-

schaft gekostet – darunter der Einbau einer bis heute nicht funktionsfähigen Achterbahn, für die erhebliche Änderungen an bereits fertiggestellten Stützen, Wänden und Fundamenten nötig wurden.

Weiteres Steuergeld wurde nach einem vertraulichen Bericht des rheinland-pfälzischen Landesrechnungshofs verschwendet, weil Landesregierung und Nürburgring GmbH in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken wollten, das 330 Millionen Euro teure Projekt sei weitgehend privat finanziert. Tatsächlich wurden zum Beispiel mehr als 85 Millionen Euro öffentlicher Mittel über die Firma Mediinvest des Düsseldorfer Unternehmers Kai Richter in den Ausbau geschleust. Richter habe Teile des Geldes aber mit Verzögerungen von bis zu 355 Tagen weitergeleitet, Zinsaufschläge von bis zu 400 Prozent in Rechnung gestellt und in einem Fall ohne nachvollziehbare Gründe ein weiteres Unternehmen zwischengeschaltet – das dafür 175 000 Euro „Provision“ abgezweigt habe. Durch die Umwegfinanzierung erzielte Richter laut Rechnungshof Vorteile von „mindestens 1,9 Millionen Euro“. Richter wies die Vorwürfe gegenüber dem SPIEGEL zurück, die Geld-Weiterleitung sei „zwischen allen Beteiligten abgesprochen“ gewesen und habe sich „stets im Rahmen der vertraglich vereinbarten Fristen“ bewegt.

UMWELT

## Bundesländer gegen CO<sub>2</sub>-Lager

Schleswig-Holstein und Niedersachsen wollen über den Bundesrat die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung zur unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung abwehren. Der entsprechende Gesetzentwurf, den die Koalition am Dienstag beschließen will, verpflichtet die beiden unionsgeführten Länder, CO<sub>2</sub>-Lager zuzulassen. Ursprünglich hatte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) zugesagt, dass Länder den Bau der Gasspeicher grundsätzlich ablehnen können. Wie aus einer Antwort des Bundesumweltministeriums an den Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer (Grüne)

hervorgeht, soll den Ländern nun aber nur Spielraum im Rahmen von Planfeststellungsverfahren gewährt werden. Krischer wirft Röttgen Versagen vor: „Wie schon beim Atom-Deal droht der Umweltminister auch bei diesem großen energiepolitischen Projekt der Verlierer zu werden.“ CO<sub>2</sub>-Speicher sind für die Betreiber von Kohlekraftwerken von großem Interesse, weil sie das Treibhausgas tief im Boden entsorgen können. Wer ab 2013 nämlich Kohlendioxid in die Luft blasen will, muss dafür Zertifikate kaufen. Die wichtigsten geologischen Formationen, in denen CO<sub>2</sub>-Speicher möglich sind, liegen in Norddeutschland. Die dortigen Landesregierungen sehen sich mit massiven Bürgerprotesten gegen die Gaslager konfrontiert.

Demonstranten in Berlin

